

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Ueberparteiliches Reichskabinett Albert.

Bis zum frühen Nachmittag hatte der mit der Kabinettsbildung betraute Reichsminister a. D. Dr. Albert sein Kabinett nicht beisammen. Er hofft, bis morgen Dienstag abend damit zustandezukommen. Wahrscheinlich werden mehrere leitende Beamte in die Reichsregierung eintreten.

Nachdem alle Versuche, eine Regierung auf Grund einer parlamentarischen Koalition zu bilden, gescheitert sind, hat also der Reichspräsident den früheren Reichsfinanzminister Dr. Albert mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt. Das neue Kabinett wird weder eine Rechtskoalition noch eine Links- oder Mittelkoalition zur Voraussetzung haben; es will sich einfach dem Reichstag vorstellen und mit dessen Zustimmung die Regierungsgeschäfte weiterführen. Bleibt ihm diese Zustimmung verweigert, so ergibt sich, daß der gegenwärtige Reichstag weder eine Regierung aus seiner Mitte zu bilden vermag noch auch einer vom Reichspräsidenten nach eigenem Ermessen ernannten Regierung die Möglichkeit der Existenz gewährt. Dann bleibt nur noch eines übrig: der Appell an die Wähler.

Das Vorgehen des Reichspräsidenten ist logisch und verfassungsmäßig korrekt. Zunächst wurde den Parteien die Aufgabe zugeschoben, sich auf einen Kanzlerkandidaten zu einigen. Da ihnen das nicht gelang, blieb nur zweierlei übrig: die Auflösung des Reichstags oder die Ernennung einer Beamtenregierung. Da gegen die Auflösung schwerwiegende Bedenken sprechen und wenig Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß aus Neuwahlen ein weniger zerstückelter Reichstag hervorgeht, muß der vorletzte Ausweg versucht werden, bevor der letzte, ungewisse beschritten wird.

Albert war Chef der Reichskanzlei unter verschiedenen als „marxistisch“ verurteilten Regierungen, wird also der Rechten gleichfalls feindlich gegenüber sein. Er müßte sich schon sehr große Mühe geben, diesen Verdacht zu entkräften, und auch das würde ihm kaum etwas nützen, da seine Regierung auf alle Fälle ein Hindernis auf dem Weg zur verfassungswidrigen Reichsdiktatur ist. Sie wird sich nur halten können, wenn sich die Situation der Abstimmung vom letzten Donnerstag nicht wiederholt, das heißt, wenn sich nicht die Sozialdemokratie mit Deutschnationalen und Kommunisten in der Opposition zusammenschließt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dürfte also vor die Wahl gestellt werden, entweder der neuen Regierung das Leben zu lassen oder dem alten Reichstag den Lebenshauch abzuschneiden. Ihre Entscheidung wird von der Politik abhängen, die die neue Regierung treiben wird. Die Frage der Auflösung wird freilich mit jedem Tag an Bedeutung verlieren, da der Reichstag sowieso verfassungsmäßig nur noch ein halbes Jahr zu leben hat.

Die Rechtsregierung, an die gestern noch viele glaubten, ist, wie zu erwarten war, an dem Umstand gescheitert, daß eine parlamentarische Mehrheit für sie nicht vorhanden ist. Der deutschnationale Parteiführer Hergt hatte in den letzten Tagen mit mehr Eifer als Geschick dem Amt eines Reichskanzlers nachgestrebt. Er hatte in der letzten Reichstagsdebatte eine Rede gehalten, die den Tatsachen weit voraus war, denn er hatte — zierlichhaft, possierlich — genau so gesprochen, als ob er schon ein Kabinett des Bürgerblocks dem Reichstag vorzustellen hätte. Und noch gestern früh erließ er im „Totalanzeiger“ folgende Erklärung:

Von Seiten des Reichspräsidenten ist eine Aufforderung zur Kabinettsbildung an mich noch nicht ergangen. Sollte dies, wie es eine Korrespondenz bereits zu melden weiß, überhaupt geschehen, so kann es frühestens Sonntag vormittag der Fall sein. Im übrigen ist die Deutschnationale Volkspartei entschlossen, jeden derartigen Auftrag anzunehmen; sie erwartet dabei allerdings, daß man ihr auch mit dem Auftrage die Aufhebungsbefehle für den Reichstag mitgeben wird. Aber auch wenn dies nicht geschieht, würde sie den Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, annehmen. Die Partei würde alles tun, um ihrerseits das Kabinett zustandzubringen, es weder allein oder mit denen, die dafür in Betracht kommen. Es besteht damit, so schätzte Hergt sich nochmals zusammen, kein Zweifel, daß die Deutschnationale Volkspartei nicht nur nicht den Auftrag ablehnen, sondern alles tun wird, um auf die eine oder andere Weise das Kabinett zu bilden.

Man kann sich danach vorstellen, daß die Enttäuschung des Herrn Hergt und seiner Freunde nicht gering sein wird. Die Herren hätten sich den Schmerz ersparen können, wenn sie bedacht hätten, daß die Bildung der Regierung nicht einer Partei übertragen werden kann, die nur eine kleine Minderheit darstellt und über keine ausreichende Unterstützung durch andere Parteien verfügt. Die Haltung der Mittelparteien und ihrer Presse hat gezeigt, daß zum mindesten Zentrum und Demokraten einer ausgesprochenen Rechtsregierung, wie sie den Deutschnationalen vorschwebt, die Unterstützung verweigern würden, dann aber hätte eine solche Rechtsregierung von vornherein die große Mehrheit des Reichstags gegen sich.

Bei alledem ist noch zu bedenken, daß Herr Hergt noch weniger als Herr Stresemann seine ganze Partei hinter sich hat. Für die wilden Männer des rechten Flügels ist er ein zäher Kompromißpolitiker, und unvergessen bleibt ihm, daß er bei einer früheren Gelegenheit in seiner „nationalen Ein-

heitsfront“ auch für die „Marxisten“ einen deutlich markierten Platz offen ließ. Auch seine letzte opportunistische Kanzlerkandidatenrede wird bei denen um Westarp keine Begeisterung geweckt haben. Nun, da alle Mühe doch umsonst war, wird seine Taktik in der deutschnationalen Reichstagsfraktion sicherlich einer liebevollen Nachprüfung unterzogen werden.

Nun soll nicht Herr Hergt, sondern Herr Albert zeigen, was er kann. Er hat den großen Vorteil für sich, daß er nicht wie Cuno oder Stresemann mit überschwänglichen Hoffnungen begrüßt wird. Er kommt nicht als großer Retter aus der Not, sondern nur als bescheidener Helfer aus einer Verlegenheit. Ihm bleibt bei seinem Tun und Lassen die Entschuldigung, daß der Mangel eines klaren parlamentarischen Mehrheitswillens die Lösung großer Aufgaben verhindert.

Sein Schicksal wird davon abhängen, ob es ihm gelingt, ein arbeitsfähiges Kabinett zustande zu bringen und dadurch, daß er ohne große Redensarten das Notwendige tut, den Reichstag mit seiner Existenz zu versöhnen.

Sicher ist nur — soweit heutzutage etwas sicher ist —, daß die Reichstagswahlen nahe sind. Sie kommen spätestens im Juni, vielleicht aber schon im Januar.

Umtlich wird gemeldet: Nachdem der Versuch des Reichstagsabgeordneten v. Kardorff, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gestern gescheitert ist, hat der Reichspräsident im Laufe des gestrigen Tages mit den Reichsministern Dr. Jarres, Dr. Brauns und Dr. Gehler die Frage der Kabinettsbildung besprochen. Die Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittag an den früheren Reichsminister Albert folgendes Schreiben gerichtet:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zuzugewinnung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihre vaterländischen Pflichtgefühle, Ihre mir geduldeten und auch von mir gewürdigten Bedenken zurückzusetzen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm.

### Der neue Kanzler.

Heinrich Friedrich Albert wurde am 12. Februar 1874 in Magdeburg als Sohn eines Großkaufmanns geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und trat dann in den Staatsdienst ein. Im Reichsgamte des Innern war er über ein Jahrzehnt lang als Vortragender Rat tätig. Im Jahre 1904 leitete er im Auftrage des Reiches die Organisierung der Deutschen Abteilung der Weltausstellung in St. Louis und wurde 1910 auch weiteren Kreisen als Reichskommissar für die Weltausstellung in Brüssel bekannt. Später wurde er als Handelsattaché der deutschen Botschaft in Washington zugeteilt, wo er bis zur Kriegserklärung Amerikas an

### Amtlicher Dollarkurs unverändert.

Die verworrene innerpolitische Lage in Deutschland verurteilte an den Auslandsbörsen eine ungünstige Stimmung für die Mark, die beispielsweise in New York dazu führte, daß man sich entschloß, wieder einmal von einer Marknotierung Abstand zu nehmen. Die Meldungen aus London weisen eine kleine Besserung der Mark auf, ohne daß es indessen zu irgendwelchen Umsätzen kam. Wehrlich liegen die Verhältnisse an der Amsterdamer Börse. Auch hier sind in deutscher Baluta keinerlei Geschäfte statt. Immerhin entspricht die Durchschnittsparität einem Kurse von circa 7 1/2 Billionen für den Dollar. Bei der amtlichen Kursfestlegung in Berlin konnte man sich jedoch, trotz der Gefahr weiterer Goldpreiserhöhungen, nicht entschließen, die Kurse weiter heraufzusetzen. Bei wiederum einprozentiger Zuteilung notierte der Dollar unverändert mit 4,2 Billionen.

Auch an der heutigen Berliner Börse war man sich über die weitere Entwicklung der innerpolitischen Schwierigkeiten völlig im unklaren. Man befürchtet, daß die augenblickliche Krise, falls sie längere Zeit andauert und möglicherweise zur Auflösung des Reichstages führt, die mühsam in die Wege geleiteten währungsrechtlichen Maßnahmen hinauszieht. Für die Haltung der Effektenbörse sind jedoch immer die außenpolitischen Kombinationen und Tatsachen zurzeit weniger maßgebend. Der Hauptfaktor ist die Lage des Geldmarktes. Hier trat im Verlaufe der heutigen Börse gegenüber der Freitagabende eine ziemliche Erleichterung ein. Gestern Mittag wurde tägliches Geld mit 6 Proz. angeboten. Die Tendenz war dementsprechend ziemlich stark besetzt und es konnten auf fast allen Märkten die Papiere beträchtliche Gewinne erzielen.

Deutschland tätig war und dann mit dem Grafen Bernstorff zurückkehrte.

Nach seiner Rückkehr fand er Verwendung im Reichsvermerksamt, dessen Präsident er bis März 1919 war. Dann wurde er Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei und 1920 zum Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei ernannt. Nach seiner Verletzung in den einseitigen Ruhestand war er vorübergehend als Rechtsanwalt beim Landgericht I, Berlin, tätig und wurde im November 1922 vom damaligen Reichszentraler Cuno zum Reichsfinanzminister ernannt. Mit dem Rücktritt Cunos schied Albert auch aus diesem Amt und trat in den Aufsichtsrat der Deutschen Werke ein.

### Milderung der bayerischen Pressezensur. Die sozialdemokratischen Zeitungen dürfen wieder erscheinen.

München, 26. November. (Z.) Der Generalstaatskommissar hat am 25. November für das reichsdeutsche Bayern folgende Verfügung getroffen: Die Anordnung vom 11. November 1923 über die Verbreitung staatsgefährlicher Druckschriften wird aufgehoben, soweit sie das Erscheinen von Zeitungen und Zeitschriften, die von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei herausgegeben sind oder sozialistische Ziele verfolgen, allgemein verbietet. Die Kreisregierungen sind ermächtigt, zu bestimmen, welche dieser Zeitschriften wieder erscheinen dürfen. Die Erlaubnis hierzu kann unter bestimmten Auflagen erteilt werden.

Die in Augsburg erscheinende nationalsozialistische Zeitung „Sturmglöck“ wurde bis auf weiteres verboten.

### Militärdiktatur gegen Parlamentarier.

#### Protest der thüringischen Sozialdemokratie.

Weimar, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages gab der Abgeordnete Biebigt namens der Fraktion der USPD, des Thüringer Landtages folgende Erklärung ab:

„Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Thüringer Landtag stellt fest:

1. Sowohl am 20. als auch am 22. November sind die Sitzungen des Landtages, am 22. November unter Mißbrauch der für die Sitzung am 20. November ausgegebenen Tribünenkarten, von Angehörigen der Reichswehr überwacht worden.

2. Am 22. November sind im Auftrage der Reichswehr die Wohnungen von Mitgliedern des Landtages festgenommen worden.

3. Am 23. November sind durch die Reichswehr in den Wohnungen von Mitgliedern des Landtages Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, wobei auch Schriftstücke beschlagnahmt worden sind, die unter dem Schutz des Artikels 38 Abs. 1 der Reichsverfassung stehen. Die Beschlagnahme erfolgte, obwohl die betreffenden Abgeordneten unter Hinweis auf Artikel 38 Abs. 1 der Reichsverfassung dagegen protestierten.

4. Bei Hausdurchsuchungen sind Mitglieder des Landtages festgehalten und dadurch in der Ausübung ihres Abgeordnetenberufes beeinträchtigt worden.

5. Am Morgen des 23. November sind ebenfalls Mitglieder des Landtages im Volkshaus zu Weimar durch Maßnahmen der Reichswehr ihrer persönlichen Freiheit beraubt worden.

6. Am Abend des 23. November ist der Präsident des Landtages im Volkshaus zu Weimar von einem von einem Unteroffizier geführten Reichswehrpatrouille verhaftet und seine Aktentasche beschlagnahmt worden, obwohl er sich als Mitglied des Landtages legitimiert, sich auf seine Immunität berief und für den Inhalt seiner Aktentasche den Schutz des Artikels 38 Abs. 1 der Reichsverfassung in Anspruch nahm. Erst als der Herr Präsident verängstigt, zum Stabsquartier geführt zu werden, wurde die Verhaftung aufgehoben; ein Teil des Inhalts der Aktentasche blieb beschlagnahmt. Er ist dem Herrn Präsidenten am Morgen des 24. November im Stabsquartier zurückgegeben worden.

Diese Maßnahmen und Handlungen der Reichswehr stehen nicht nur im schroffen Widerspruch zu der verfassungsmäßig festgelegten parlamentarischen Demokratie, sie sind auch im einzelnen Verstoß gegen klare Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere gegen die Immunität der Abgeordneten.

Die Fraktion erhebt gegen diese verfassungswidrigen Handlungen und Maßnahmen der Reichswehr, die Ausfühler der Militärdiktatur sind, in aller Öffentlichkeit feierlichst den schärfsten Protest und ersucht sowohl die Landesregierung als auch den Herrn Präsidenten des Landtages dringend, bei den zuständigen Reichsstellen unter Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten auf die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Thüringen zu dringen.“

### Das Verbot ganzer Parteien.

Der erweiterte Bezirksvorstand der Sozialdemokratie Groß-Berlins besprach in seiner letzten Sitzung am 24. November die politische Lage. Der Vorstand war einstimmig der Auffassung, daß die Reichstagsfraktion sich gegen das Verbot politischer Parteien zu erklären habe.

Aus grundsätzlichen Erwägungen der Sozialdemokratie zu einem Ausnahmeverbot wie aber auch im Interesse der Republik selbst hält es der Bezirksvorstand für dringend notwendig, durch Einbringung einer Interpellation im Reichstage gegen die Vergewaltigung politischer Parteien zu protestieren.

# Deutschnationale Steuerscheu.

Das Gelingen jeder Währungsreform und die Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel hängt von der Sanierung der Reichsfinanzen ab. Diese ist nur zu erreichen, wenn mit dem Abbau überflüssiger Ausgaben die Einnahmen des Reiches stark vermehrt werden; ohne erhebliche Anspannung der Steuerfahne ist das unmöglich. Das Reichsfinanzministerium bereitet deshalb eine Reihe neuer Steuern vor. Aber noch bevor diese Pläne in die Deffektivität gekommen sind, laufen die Deutschnationalen als Schützer des Geldbeutels der Agrarier heftig gegen diese Absicht Sturm!

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die behauptet, daß die Belastung der Landwirtschaft durch die bisherigen Steuern heute schon ihre Leistungsfähigkeit übersteige. Sie droht mit dem Uebergang der Landwirtschaft zum extensiven Betrieb, d. h. der Verminderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, und fordert die Reichsregierung auf, den „Ueberbelastungen der Landwirtschaft“ mit Steuer vorzubeugen und auch gegen die Länder einzuschreiten, die eine Grundsteuer erheben. Gleichzeitig fordert die „Deutsche Tageszeitung“ die Reubesetzung des Ernährungsministeriums mit dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten Schlang, der ein grimmiger Gegner jeder Steuerleistung der Landwirtschaft ist, und sie verlangt diktatorische Vollmachten für ihn, auch gegenüber dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister.

Dieses Vorgehen der Deutschnationalen läßt keinen Zweifel daran, daß sie auch jetzt angesichts der furchtbaren Not des Reiches und der gesamten Bevölkerung keine andere Aufgabe kennen, als die wenigen hundert Großagrarien vor jeder steuerlichen Belastung zu schützen. Diesem egoistischen Treiben opfern sie das Schicksal des ganzen deutschen Volkes. So sieht die „Volksgemeinschaft“ aus, die angeblich die Deutschnationalen erstreben.

## Hinter den Kulissen der Sonderbündler.

### Frankreich als Geldgeber. — Fort mit Parteien und Gewerkschaften.

Die französische Regierung leugnet bis auf den heutigen Tag, mit den rheinischen Separatisten in Beziehung zu stehen und sie in irgendeiner Weise zu unterstützen. Die „Rheinische Zeitung“ ist in der Lage, Material zu veröffentlichen, das die Abwegnungsversuche klärt.

Der Verbindungsmann zur Rheinisch-republikanischen Volkspartei des Herrn Joseph Smeets, der sich von der separatistischen Bewegung zurückgezogen hat und jetzt mit Hilfe zahlreicher französischer Franken in Lothringen lebt, war der Zivilingenieur Albert Widert, Direktor der „Carriere de la Cifel“ in Hillesheim in der Cifel. Besitzer der Hillesheimer Steinbrüche, die der Leitung des Herrn Widert unterstellt sind, ist der Senator Malval in Paris, der dort großen Einfluß hat und unmittelbare Beziehungen zu französischen Regierungskreisen unterhält. Widert erhielt von Malval den Auftrag, Anschluß an die Kreise der rheinischen Separatisten zu suchen, und in zahlreichen Besprechungen mit Smeets, dem Generalsekretär Trier und dem späteren Putschführer in Aachen, Leo Deckers, wurde die Geldquelle erschlossen.

Als nach dem Attentat auf Smeets im März 1923 jede Aktion der Rheinisch-republikanischen Volkspartei ruhte, meldeten sich teilweise von Dort an angesehene, zahlreiche Opponenten, die eine verstärkte separatistische Tätigkeit verlangten. Smeets, der damals nach im Kölner Hospital lag, weigerte sich jedoch, diesen Wünschen nachzugeben, weil er alleiniger Diktator der Partei bleiben wollte. Ueber seinen Kopf hinweg fanden im Juli 1923 Konferenzen statt, die mit der Wahl eines neuen Direktoriums endeten. Man hatte aber nun die Verbindung mit Herrn Widert nicht mehr nötig. Durch Vermittlung des vor und während der Putschbewegung vielgenannten Herrn Matthes, der auch heute in der sogenannten vorläufigen Regierung in Koblenz sitzt, war es der inzwischen zum Rheinischen Republikanischen Unabhängigkeitsbund zusammengelaufenen Dorten- und Matthes-Richtung gelungen, einen direkten Weg nach Paris zu finden. Der neue Helfer war Monsieur Francois

Poncelet, Chef de la Mission Francaise in P., der in der Ludendorffstr. 27 in Düsseldorf ein eigenes amtliches Bureau hatte. Die Finanzquelle des Matthes war schon vor dem großen Putsch Herr Poncelet. Matthes konnte bereits im Sommer 1923 bei zahlreichen französischen Stellen ein- und ausgehen. Er wurde bald der Mittelpunkt eines sich langsam verbreitenden Putsches und begann mit den Geldern Poncelets in großzügiger Weise die Organisation der Partei. Der große Schlag sollte bereits am 30. September, dem Tage des Blutsonntags in Düsseldorf, geführt werden. In einer Separatistenversammlung in Köln, die zwei Tage vor dem Düsseldorf Putsch stattfand, sei bereits beworben worden. Brod dem heutigen „Wirtschaftsminister“ der sogenannten Koblenzer Regierung, mitgeteilt, daß alles vorbereitet sei, um die Regierungsmacht an sich zu reißen. Der Rheinische Selbstschuß, auch Rheinische Wehr genannt, sei bereits bewaffnet worden. Brod gab zu, daß für den Düsseldorf Sonntag 10 000 Mann bewaffneter Rheinwehr zur Verfügung standen und die Waffen von den Franzosen stammten. Nach der furchtbaren Niederlage in Düsseldorf herrschte dann allgemeine Niedergeschlagenheit, bis einige Wochen später der Kaschner Putsch des Herrn Deckers erfolgte, der auf eigene Faust und ohne Wissen der übrigen Führer inszeniert worden war. Es steht fest, daß Matthes die aktivste Persönlichkeit in der Putschbewegung, der hinterher die Sache in die Hand nahm, ein Beauftragter des französischen Imperialismus ist.

Auch sonst ist das Material der „Rheinischen Zeitung“ bemerkenswert. Von besonderem Interesse ist die Verfassung, die dem rheinischen Volke zugedacht war, wenn die Separatisten siege hätten. Die sogenannte Verfassung sieht die Wahl einer Ständevertretung (Senatoren) zu einem rheinischen Senat vor, der den Staatskanzler, den Staatsminister und den Staatspräsidenten wählen soll. Dieser „Hohe Rat der Drei“ soll das Recht des Abschlusses von Bündnissen und Verträgen mit fremden Staaten unter Zustimmung des Senats haben. U. a. wird die Schaffung einer Staatsmiliz festgelegt, die den Schutz der zu gründenden Rheinischen Republik in der Luft, auf dem Lande und dem Wasser zu übernehmen hat. Im übrigen verlangt die Verfassung Aufhebung der Warenhäuser und Genossenschaften und Auslieferung aller öffentlichen und kommunalen Bauten von Privatarchitekten und Bauunternehmern. Staat und Kommunen sollen nicht das Recht haben, Bauten in eigener Regie auszuführen.

Am interessantesten ist der vom 28. September 1923 datierte Entwurf für die vorgesehene Ständevertretung. Darin wird die Ausweisung sämtlicher Beamten, deren Großvater nicht schon im Rheinland geboren waren, verlangt. Die Presse soll unter Zensur gestellt werden und das Ziel der rheinischen Ständevertretung soll sein, „das heutige widersinnige Parteienwesen im Rheinlande auszuschalten“. Auch die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form müßten verschwinden. An ihre Stelle sollten Fabrikvertrauensleute treten, die aber nicht während der Arbeitszeit togen dürfen. Der Fabrikherr oder Handwerksmeister müßten wieder Herr im eigenen Hause werden!

Unter Ausschaltung des Parlaments wollen demnach die Separatisten eine Diktatur errichten, wobei es sich am Rande versteht, daß die Diktatoren vollständig abhängig von der Gnade Frankreichs sind. Das Rheinland soll also nach den Wünschen der Dorten-Matthes französisches Kolonialgebiet werden, in dem die Arbeiter ihrer persönlichen Rechte beraubt werden.

London, 26. November. (W.B.) Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times“ schreibt zu der Politik Frankreichs im Rheinland, so gut wie überall seien außerhalb der britischen Zone die hohen Beamten ausgewiesen worden, so daß keine reguläre Verwaltung mehr bestehe. Das ganze Land sei

einer Bande von Verbrechern und Verklüfteten ausgeliefert, die es für ihren eigenen Vorteil im Namen einer unabhängigen Rheinlandrepublik ausbeuteten. Diese Leute gäben Papiergeld ohne irgendwelche Deckung aus, so daß das finanzielle Chaos weit schlimmer sei, als es je sonst gewesen wäre, raubten und requirierten ungestraft und terrorisierten alle Personen, gleichviel in welcher Stellung, die versuchten, sich ihnen zu widersetzen. Die Franzosen geben unter dem Anschein ihrer Neutralität tatsächlich den Separatisten freie Hand, jede Gewalttat oder Ungeheuerlichkeit zu begehen, die sie begehen wollten, und versuchen so auch den loyalen Deutschen klar zu machen, daß sie aus ihrer Lage nur entkommen könnten, indem

sie sich vom Reich abkehren; dem Bürgermeister einer Stadt in der Pfalz, der vor kurzem den Schutz des örtlichen französischen Offiziers nachsuchte, als die Separatisten sein Leben bedrohten, erwiderte der Offizier: „Sie müssen sich für dies oder das andere entscheiden. Ich werde Ihre Sicherheit zwei Wochen lang garantieren. Wenn Sie sich bis dahin nicht entschlossen haben, werde ich nicht verantwortlich sein, wenn Sie gehängt werden.“ Der „Times“-Berichterstatter erklärt, es könne von dem loyalsten Deutschen nicht erwartet werden, daß er dieser Art von Druck widersteht, wenn er irgendeinen anderen Ausweg finde. Die Welt habe nur wenig darüber erfahren, wie sehr sich im südlichen Teil des Rheinlandes während der allerletzten Wochen die Verhältnisse zuspitzten hätten. Die Deutschen begannen, sich eine Vorstellung davon zu machen, daß die Franzosen aus dem Rheinland einen Staat unter französischer Souveränität durch die Befehlstruppen schaffen wollten, der durch schwache Bande mit Deutschland verbunden sei, damit die Einwohner nicht das Gefühl hätten, vom Reich losgerissen zu sein. Die

Franzosen würden nicht zugeben, daß das Rheinland Depulsierte in den Reichstag entsende.

wohl aber, daß es Vertreter im Reichsrat habe. Der Berichterstatter fragt, welche Rolle Großbritannien bei der Reubildung Europas spiele. Die Verhandlungen würden geleitet durch das Haupt der Rheinlandkommission, in der Großbritannien vertreten sei, und zwar für ein Gebiet, von dem Großbritannien hoffe, Reparationen zu erhalten, und von dem ein Teil unter der Obhut britischer Truppen stehe. Die britischen Interessen würden direkt berührt werden, wenn ein Staat aus Deutschland herausgelöst werden sollte; eine solche Aktion würde Großbritannien in eine Lage bringen, daß seine kommerzielle Politik von Frankreich diktiert werden könnte.

## Berawerksdirektoren und Micumvertrag.

### Trotz schwerster Bedenken hoffnungsvolle Zukunft.

Anna, 26. November. (W.B.) In der gestrigen Verammlung der Bergwerksdirektoren des Ruhrkohlenbergbaues hat die Kommission den mit der Micum abgeschlossenen Montevideovertrag vorgelegt. In der Erörterung wurden von allen Seiten die größten Bedenken gegen die ganz ungeheuerliche Befestigung laut, und zwar nach der Richtung, ob die Eingriffe in den Betrieb der Werke, wie sie durch die Bestimmungen über Ein- und Ausfuhr usw. gegeben sind, die für den Betrieb unbedingt erforderliche Handlungsfreiheit gewähren. Es kam auch zum Ausdruck, daß, wenn trotzdem in der nächsten Zeit eine große Anzahl der Werke im Rahmen des Montevideovertrages bindende Abschlüsse mit der Micum treffen werden, dies ausschließlich aus der Ueberzeugung heraus geschieht, daß die Verhältnisse an Rhein und Ruhr für die deutschen Angestellten und Arbeiter und für die gesamte Bevölkerung einfach unerträglich geworden sind. Deswegen hat man die wirtschaftlichen Bedenken beiseitegestellt, um durch diesen letzten Versuch den Beschäftigten zu zeigen, daß unter dem durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Zustand eine wirtschaftliche Entwicklung ausgeschlossen ist. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß das vorliegende Abkommen zu begrüßen sei, falls sich aus diesem Vertrage die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Ausgleichs mit Frankreich und Belgien, der nach der Entwicklung der europäischen Verhältnisse in den letzten Jahren unbedingt erstrebt und durchgeführt werden muß, ergeben sollte. Es hätte keinen Zweck, sich den gegebenen Verhältnissen gegenüber passiv zu verhalten. Die Bindung der gegenseitigen großen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands könne allein die Befriedigung Europas herbeiführen. Nur wenn diese erfolge, werde Vertrauen und Sicherheit zurückkehren.

Paris, 26. November. (W.B.) Ueber die immer noch ungeklärte Frage, was der Vertrag des Bergbauvereins mit der belgisch-französischen Ingenieurkommission hinsichtlich der Berechnung der Sachlieferungen und der einzuziehenden Steuern enthält, schreibt der „Matin“: Ein Teil des Rubens wird auf Reparationskonto verbucht werden, davon seien z. B. die Kosten für die Befahrung zu decken. Ein anderer Teil, der durch die Kohlensteuer und den Verkauf der beschlagnahmten Panzer erzielt werde, müsse in eine besondere Kasse gezahlt werden. Wenn die Reparationskommission Einwendungen gegen diese Verteilung machen sollte, so würde sie dadurch auch die Frage der Legalität der Ruhrbesetzung aufrollen und sich ein Kontrollrecht über diese privaten und profitierenden Abmachungen aneignen, die Frankreich mit den Industriellen getroffen habe. Diese Angelegenheiten gingen die Reparationskommission aber nichts an.

Für ein republikanisches Griechenland demonstrierten Sonntag große Menschenmengen in Athen. Der König blieb im Schloß hinter verstärktem Wächerschutz.

## Das „Wertbeständige“.

Von Paul Dobert.

Endlich hatte er das Ideal erreicht: der letzte Verkauf hatte ihm Dollarfahrschein zu 4,20 M. und 8,40 M. eingetragen. Liebevoll betrachtete er die gelben und rosa Scheine, die mit der Fäulnisfrage begnadet waren, daß das Steigen des Dollars ihren Wert ohne weiteres erhöhte. Aber er konnte sie nicht behalten, er mußte doch leben. Nun packte ihn die neue Angst, daß er beim Wechseln Verluste erleiden könnte. Wenn er nur das wenige kaufte, was er gerade gebraucht, so bekam er ja von dem Viermarktschein noch einige Billionen heraus, und die konnten doch leicht binnen vierundzwanzig Stunden nur noch die Hälfte wert sein. Zum Unglück — wie es ihm schien — hatte er überwiegend Zweidollarscheine erhalten, und keine naive Anschauung, daß er bei einem Einkauf einer Kleinigkeit und Hinabe von zwei Dollar einen Eindollarschein wenigstens herausbekommen würde, war schnell enttäuscht worden: „Erstens haben wir kein wertbeständiges Geld“ — sagte die Verkäuferin, „und zweitens geben wir ja Rabatt.“

Rabatt — das war das erlösende Wort. Jetzt musterte er die Geschäftsauslagen, ob irgendeine Tafel mit der verheißungsvollen Aufschrift zu sehen war. Aber in den Geschäften, die für die Ernährung in Frage kamen, war dies nicht immer der Fall, und wenn er hineinging, um sich zu erkundigen, wurde ihm meist die Antwort: „Auf Lebensmittel gibt es keinen Rabatt.“ Er kam zu der Erkenntnis, daß das Einkufen mit wertbeständigem Geld doch nicht so einfach sei, und beschloß, methodisch vorzugehen. Er stellte erst jedesmal eine Liste seiner Wünsche auf und berechnete, ob diese Quanten nahe an den Wert seines Scheines herankommen. So glaubte er praktisch zu handeln. Natürlich durfte er nur Waren kaufen, die nicht so leicht verderben. Er trug so nach echter Hamsterart einen Haufen von Vorräten zusammen.

Und doch wurde er die Sorgen nicht los. Er mußte zum Beispiel mit der Straßenbahn fahren und hatte nicht das nötige „Kleingeld“; — würde er das Restgeld zum richtigen Dollarkurs herausbekommen? Wo aber diesen immer so schnell feststellen? Er guckte in die Verkaufschalter der Eisenbahn hinein — aber die Bahn ging nicht ganz so schnell zur Erhöhung über wie der Kaufmannsstand, der über Mittag die Indextafel betrachtete. Schließlich wurde er der Segnungen des wertbeständigen Geldes satt — er ließ den Dollar kaufen wie er wollte, und tröstete sich mit den Viechen, die ihr nichtwertbeständiges Geld unter den Händen dahinschwanden sahen.

## Rosebery d'Arguto-Chöre.

Rosebery d'Arguto ist ein Name, den man sich tief einprägen muß. Vor etwa 2 1/2 Jahren leate er durch ein Konzert in der Singakademie tiefe Breche in unsere vorgefahnen Meinungen. Das Kind als singende Persönlichkeit war bis jetzt ein höchst winziges

Nichts. Der Schulgesang frant auch heute noch an allen Ecken und Enden. Aber d'Arguto hat die Grenzen des Alters geradezu aufgehoben. Wenn seine sieben- und zehnjährigen Solisten in seinem letzten Konzert in der „Neuen Welt“ auch naturgemäß nicht die letzte Reife und Technik im Vortrag besaßen, so fand ihre Wiederdurch die echte Kunst und haben mit dem altgewohnten Kindergewimmer nichts zu tun. Weniger gefielen mir die großen Solisten. An ihren Darbietungen ist jedenfalls nichts Außergewöhnliches. Ihre volle Konzertfähigkeit wird noch lange auf sich warten lassen. d'Arguto ist der Reformator der Kleinen. Heir macht es ihm feiner, wirklich keiner nach. Aus dem meist unterernährten Material (die anderen, wohlgenährten, haben ihre Mitwirkung brüst verlagst) hat er einen gemilderten Chor herangebildet, der jede Konkurrenz anreizen kann. Glöckchen und rein, schön in der Tongebung, sehr prägnant in der Aussprache, musikalisch quellend gibt sich alles, was d'Arguto mit seinen Sängern vorführt. Das Programm ist genau so anstehend und klirren. Die Sololieder, fast durchweg der älteren Literatur der Vorklassiker entnommen, und die Chöre meist Werte des Dirigenten selbst, dem erhabenen, ersten Vorbild dieser kaum wieder erreichbaren Epoche nachstehend, kontrapunktlich sehr interessant, nicht ohne den notwendigen modernen Reiz. „Ich wollt ein Sträußlein“, „Denns immer so war“, das prachtvoll gesehene Mägenlied „Sonne und Regen“ von Schmidt-d'Arguto und des gewaltige „Der ein Freiermann“ von Beethoven-d'Arguto können als wahre Perlen bezeichnet werden. Von den Solisten ist die jugendliche Geigerin Florenza Stern als eine große Hoffnung rühmend zu nennen. Das zweite Konzert mit demselben Programm in der „Neuen Welt“ wird hoffentlich dieselbe ausverkaufte Fülle zeigen. H. R.

## Ein Universalmittel gegen Banknotenfälscher.

Die Fälle von Banknotenfälschungen häufen sich in unseren Tagen. Den unrechtmäßigen Banknotenfälschungen ist ein weites Feld für ihre Tätigkeit eröffnet. Aber nicht nur die diesen Papier-scheine, die bei uns ausgegeben werden, bilden das Ziel ihres Ehrgeizes, sondern noch mehr die Banknoten der Länder mit „Edel-Valuta“. Da ist es von großer Wichtigkeit, daß jetzt ein Verfahren erlunden worden ist, das Fälschungen von Banknoten und anderen Wertpapieren auf einfache Weise verhindert. Von diesem neuen „Sicherheitsdruck“ berichtet Fritz Hansen in der „Urvschau“.

Bisher suchte man sich hauptsächlich durch das feine Wasserzeichen zu sichern, das das Banknotenpapier mit farbigen Kolorissen durchsetzte. Die Fälscher aber verstanden es bald, die Einlagerung gefälschter Fasern in die Papiermasse wie auf dem echten Banknotenpapier zu erreichen, und man ging daher dazu über, ganze fälschliche Vorstellungen als Musterung im Papier auszubringen. Die Fälscher ahnten nun auch das Wasserzeichen durch Trokandressung oder Freidruck nach, und wenn es ihnen auch nicht glückte, die Fälschungen zu täuschen, so lassen sich doch viele reinlegen. Weitere Sicherungen versuchte man durch besondere Drucktechnik. Da den Fälschern der Kupferdruck meist zu teuer ist, benutzen sie Flach-druckarten, die die Farbschicht überall gleich stark auftragen. Die Drucktechnik wird noch dadurch schwieriger, daß man von zwei oder

mehr Platten druckt und eine Unterdruckplatte als sogen. Gullische-Platte herstellt, die als Unterdruck die Zeichenplatte gedruckt wird. Der Fälscher aber, der sich solche Unterdruckplatte photographisch herbeibringen kann, überwindet leicht diese Schwierigkeit.

Hier liegt der Sicherheitsdruck ein, dessen Zweck darin besteht, die Reproduktion der farbigen Banknote auf photographischem Wege unmöglich zu machen. Dieser Zweck wird dadurch erreicht, daß die Muster ganz oder teilweise aus solchen Farben oder Farbkombinationen bestehen, daß aneinanderstehende oder einander überdeckende Teile des Musters bei der photographischen Wiedergabe keine oder nur geringe Hellfärbungsunterschiede ergeben. Dabei ist es nicht nötig, die ganze Banknote in Sicherheitsdruck auszuführen, sondern es genügt schon ein Rand oder eine Ecke. Die Gullische kann dann nicht mittels Photographie reproduziert, also nicht in einzelne Farbkombinationen zerlegt und gedruckt werden. Mit der Hand sind solche feinen Unterdruckplatten nicht herzustellen, ebenso wenig mit einer Gullische-Maschine. Der Sicherheitsdruck ist also in jeder Beziehung gegen Nachahmung geschützt. Wird nun ein Teil des Untergrundes in Sicherheitsdruck ausgeführt, so ist es auch vom Publikum leicht zu erkennen, da man ja nur auf einen Teil bei der Prüfung zu achten hat.

„Pfl Pfl“ (Thalia-Theater.) Es gibt doch noch in dieser unzufriedenen Welt zufriedene und genussvolle Leute. Zu ihnen gehören anscheinend die, die diesen sogenannten musikalischen Schwanz verfasst und in Szene gesetzt haben. Eine Handlung, so dürftig und humorlos, daß selbst das Publikum in Bismarck aufmuntern würde, wenn man ihm diesen Schwanz böte. Aber das liebe Berliner Publikum ist genussvoll und zufrieden und ließ die in Musik gesetzte Belohnungsfreiheit drei Akte lang über sich ergehen. Die Leistungen der Schauspieler waren dem Stück durchaus angemessen, deshalb sei über sie der Mantel christlicher Liebe gebreitet. Die einzige Darstellerin, die einige Minuten lang durch urwüchsigen Humor und Temperament fesselte, war Elke Matti in der Rolle des wechselnden Dienstmädchens. U. E.

Die nächsten Volkskonzerte (Bauer-Abende) mit dem Berliner Ensemble (Wilmers) Eröffnet unter Mitwirkung von Gertie Köster (Hanna) stehen auf: Dienstag, den 27. (Franzosi Friedrichshagen), Mittwoch, den 28. (Orpheum, Salomonstraße 22/23), Donnerstag, den 29. (Wilmers-Taal) und Freitag, den 30. (Germania-Bracht-Saal).

Der Schriftsteller Rudolf Gatzel ist in Wien gestorben. Gatzel war Volkskundler, fand den unteren Klassen nahe und suchte Volks-tüm in einem Anknüpfen zu schaffen.

Das größte U-Boot. Das Rhein-Unterseeboot XI ist bald fertig. Es wird das größte Unterseeboot der Welt sein und über eine Schiffeiligkeit von 23 Knoten in der Stunde verfügen. Es wird mit 125 120-mm-Geschossen bemannet sein.

Eine deutsche Wander-Kunstausstellung in Holland. Eine Ausstellung deutscher Kunst ist im letzten halben Jahrhundert, die im Mittelalter des Humanismus in dasa gelangt wird, läßt den Holländern die Entwicklung der deutschen Kunst von Dürer und Albrecht bis zu Rembrandt und Schmitt-Rottmann vor. Die Ausstellung soll vom Haag nach Delft, Harlem, Amstern, Groningen und vielleicht noch nach anderen holländischen Städten wandern.

## Die Prüfung der deutschen Vorschläge.

Am morgigen Dienstag wird die Reparationskommission über den Vortrag des deutschen Staatssekretärs Fischer vom letzten Freitag beraten. Man wird also bald erfahren, was die deutschen Darlegungen erreicht haben — und welche Anweisungen es sind, die der Vertreter Frankreichs, Herr Barthou, am gestrigen Sonntag von Poincaré erhalten hat. England scheint Deutschland Geldzahlungen erlassen zu wollen; wenigstens hat Abg. Genosse Thomas in einer Wahrede in Lipton gesagt, wenn Baldwin ehrlich sei, wie er glaube, so bedeute dies, daß er alle Reparationsansprüche aufgegeben habe, weil er wisse, daß Deutschland nur in Waren und nicht in Gold bezahlen könne.

Mussolini hat die Zuziehung Italiens zu den Vertragsabschlüssen mit der Ruhrindustrie verlangt. Poincaré soll ihm geantwortet haben, daß die Abschlüsse schon vollzogen, die Interessen Italiens aber dabei auch gewahrt seien.

## England gegen alle Sanktionen.

Paris, 26. November. (W.Z.) Bei der Besprechung der Verhandlungen in der Botschafterkonferenz stellt der außenpolitische Redakteur des „Journal“ fest, daß Poincaré als Präventivmaßnahme in der Angelegenheit der Militärkontrolle sofortigen Zwang vorgeschlagen habe. Dieser Plan hat am 19. November aufgegeben werden müssen, weil Unterstaatssekretär Sir Crowe an diesem Tage dem französischen Botschafter erklärt habe, England wolle keine Sanktionen, weder heute, noch morgen, noch jemals.

## Eine unwahre Behauptung.

Die Ulsteinsche „Montagspost“ behauptet, daß am vergangenen Freitag, also am gleichen Tage, wo die deutsche Sozialdemokratie den Ausschlag für den Sturz Stresemanns gab, die französischen Sozialisten und Kommunisten dem Gewaltpolitiker Poincaré das Vertrauen ausgesprochen haben. Das würde, fügt das Blatt hinzu, „vielleicht auch außerhalb Deutschlands nicht verstanden“ werden.

Es ist erstaunlich, mit welchen leichtfertigen Behauptungen ein Blatt gegen die Sozialdemokratie operiert, das in einem Verlage erscheint, der sonst nicht die Geschäfte der Reaktion zu besorgen bestrebt ist. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Am Sonntag hatte Poincaré in Neuilly eine Brandrede gehalten, in der er wegen der Kronprinzenrückkehr und der verzögerten Wiederaufnahme der Militärkontrolle sofortige neue Sanktionen anforderte. Als jedoch England deutlich zu verstehen gab, daß dies den endgültigen Bruch der Entente bedeuten würde, ließ Poincaré nach und nach seine extremen Forderungen fallen und gab, nach langem Hin und Her in der Botschafterkonferenz, auf der ganzen Linie nach.

Dieser Umfall und Rückzug Poincarés wurde in der nationalistischen Presse, die bereits in einer wahren Kriegsstimmung schwebte, scharf getadelt. Die Leute um Tardieu warfen dem Ministerpräsidenten Schlappheit vor und brachten die Ansicht auch in der Kammerdebatte zum Ausdruck. Der „Populaire“ dagegen, sowie einige linksbürgerliche Blätter, wie „Quotidien“ und „Le Nouvelle“, stellten die diplomatische Niederlage Poincarés fest und sprachen die Hoffnung aus, daß dies den Beginn einer Rückkehr zur Vernunft bedeuten möge.

Am Schluß der Interpellationsdebatte war nun eine Resolution eingebracht worden, die zunächst die Haltung Poincarés in der Botschafterkonferenz billigte, sobald der Regierung das Vertrauen für ihre auswärtige Politik ausgesprochen. Genosse Léon Blum wandte sich in einer kurzen Rede im Namen der Sozialisten gegen das Vertrauensvotum. Da aber eine Ablehnung des ersten Teils der Resolution als eine Verurteilung des Rückzuges Poincarés vor England hätte gedeutet werden können, die den extremsten Nationalisten zugute gekommen wäre, wurde die Teilung des Antrags gefordert und die Sozialisten enthielten sich der Stimme über den ersten Teil der Resolution. Sozialisten und Kommunisten stimmten aber geschlossen gegen den zweiten Teil, also gegen die Vertrauensfrage, ebenso bei der Abstimmung über das Ganze.

Und aus diesem taktisch und politisch durchaus einwandfreien Verhalten unserer französischen Genossen konstatiert die „Montagspost“ eine Zustimmung in der Gewaltpolitik Poincarés und einen Grenzfall zu der Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber Stresemann. Wir wollen hoffen, daß nur Unwissenheit die Schuld an dieser Bemerkung trägt, sonst wäre dieser Angriff der „Montagspost“ eine Verfidie schlimmster Art.

## Zimmermanns Sanierung.

### Der Generalkommissar enteignet Deutschösterreich.

Aus einer dringlichen Anfrage der Sozialdemokraten im Nationalrat zu Wien erfährt man, daß laut einem Schreiben des Generalkommissars Zimmermann vom 25. August an den Finanzminister nach dem sogenannten Reformplan für das erste Halbjahr 1923 ein Gehörungsabgang im Staatshaushalt von annähernd 2033 Milliarden Banknoten vorgezogen ist. Tatsächlich habe jedoch der Abgang 1235 Milliarden ausgemacht, so daß sich eine Verbesserung von 798 Milliarden ergibt. Nach den Vereinbarungen mit dem Völkerbund hätte der Generalkommissar im ersten Halbjahr 3381 Milliarden und 170 Millionen an die österreichische Regierung freizumachen gehabt. Tatsächlich überwiegt er bloß 3115 Milliarden und 170 Millionen, das heißt, er hat einen Betrag von 266 Milliarden zurückgehalten.

Dazu kommt, daß er auch nach am Ende des ersten Halbjahres den Rückbehalt der zur Einlösung der inneren Anleihe vom Finanzminister verwendeten 170 Milliarden nicht durchgeführt, sowie 113 Milliarden aus dem Bruttoertrags der Zölle und des Tabaks zurückgehalten hat.

Der Erfolg aller Drosselungsmaßnahmen des Finanzministeriums besteht also darin, daß über die Vereinbarungen mit dem Völkerbund und dem Generalkommissar hinaus eine Reserve von etwa 798 Milliarden Kronen angelegt worden ist, über deren überwiegenden Teil der Generalkommissar dem Finanzminister die Verfügung verweigert.

Ein Schühinger-Vortrag in Bremen verboten. Die Ortsgruppe Bremen des Deutschen Republikanischen Reichsbundes hatte für den 1. Dezember einen öffentlichen Vortrag des Polizeiberaters Dr. H. Schühinger, Dresden, angekündigt. Da aber der Militärbesatzbehörden die erforderliche Genehmigung verweigert, kann der Vortrag nicht stattfinden.

Das preußische Staatskommissariat für öffentliche Ordnung ist zur Vereinfachung des Geschäftsganges und zur Vermeidung von doppelter Berichterstattung dem Preussischen Ministerium des Innern angegliedert worden.

Der Preussische Staatsrat tritt, wie jetzt endgültig feststeht, am Dienstag, den 27. November, nachmittags 5 Uhr zu seiner Tagung zusammen, die sich voraussichtlich über die ganze Woche erstrecken wird.

## Billioneneier.

Buntes Marktreiben. Billionenziffern durchschwirren die Luft. Milliarden sind Goldpfennige. Viele Frauen gehen von Stand zu Stand, schauen hin, sehen die Waren, lesen die Preise und gehen kopfschüttelnd weiter. Jaghaft und ungeschlüssig gehen sie marktauf und marktbot, bis sie dann nach vieler Ueberwindung dieses oder jenes stehen. „Man muß doch schließlich etwas besorgen“, sagen sie dann müde, gleichgültig. Ueber dem ganzen Markt liegt so ein Hauch von Müdigkeit. Aber das ist nur Oberfläche, unter der es brodeln, und zuweilen bricht die Wut und die Empörung durch.

Steht da ein Mann mit einem Korb voller Eier. Flint gehen seine Augen nach allen Seiten. Keine Tafel kündigt den Preis der weißen runden Dinger in seinem Korb. Die meisten Frauen gehen an ihm vorbei. Eier? — Unfuss, ist Luxus. „Wer soll sich noch Eier kaufen können?“ Wollen doch mal fragen, was sie kosten.“ „Ach, Frau, lassen Sie das man sein, ne halbe Billion wird wohl schon rankommen.“ „Ach was, fragen kann man doch.“ Nach dieser Unterredung gehen drei Frauen an den einsamen Eiermann mit sinkenden Augen heran. „Was kosten die Eier?“ „Die kosten Sie ja doch nicht“, sagt der Mann. „Wissen Sie das so genau?“ „Wie teuer kommt das Stück?“ Da sagt der Mann leise: „Drei Billionen.“ Die Frauen sind zuerst still. Dann packt sie die Wut. Sie dringen auf den Eiermann ein. Andere kommen hinzu und zwei Frauen eilen zur Schupa. Der Mann mit den Billioneneiern klammert die Hände fest um seinen Korb, und ehe die Leute über den Fall aufgeklärt sind, hat er sich fast unmerklich aus den Kreis der Umstehenden heraus-

Dienstag, 27. November, abends 7 Uhr:

## Große Funktionärkonferenz aller Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD. im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.

Tagesordnung: Das Arbeitszeitgesetz — Die Beseitigung des Achtstundentages. Referenten: Die Reichstagsabgeordneten S. Aufhäuser und O. Schumann.

Da die Gefahr besteht, daß der Achtstundentag ebenso wie alle übrigen Arbeiterrechte auf dem Verordnungswege beseitigt wird, soll diese Funktionärversammlung zugleich zu einer Protestkundgebung gegen die geplanten arbeitserfeindlichen Maßnahmen werden.

Ohne Funktionärsausweis und Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt — Zur Deckung der hohen Kosten Teller Sammlung.

gelöst und springt im Augenblick auf eine zufällig vorüberfahrende Elektrische. Ein Buschrei hält ihn nach. Als die Schupo Beamten kommen, um sich den Mann näher anzusehen, finden sie nur empörte Menschen, die sich erregt überschreien. Schnell wächst die Menge der Reugierigen. Die Empörung, der aufgeschwemmte Groll bringt hoch. Noch ein kleiner Funke und die Mine springt auf. Die Menge wogt auf und ab, alles spricht durcheinander. Einzelne Händler bauen auf — man kann nicht wissen! Vergessen ist der Eiermann. Die wenigsten wissen, warum hier erregte Menschen sind, warum die Polizei dazwischen steht. Aber alle wissen, daß alles zu teuer, vieles unerlöschlich ist. Aber diesmal geht die Erregung noch vorüber, die Wogen brechen zurück und der Mann mit den Billioneneiern kann von unerhörtem Glück sagen, daß er entwichen konnte. Aber unter der erregten Menge war sicherlich nicht einer, der ihm dieses unerdiente Glück gegönnt hätte.

## Großfeuer in einer Weizenmühle. Ein Aufgebot von 30 Löschfahrzeugen.

Die Berliner Feuerwehr wurde am Totensonntag früh um 5 Uhr nach dem Schlessischen Bahnhof alarmiert, wo in der Mühlenstraße 8 die Weizen- und Roggenmühle von Karl Salomon u. Co., Aktiengesellschaft, in großer Ausdehnung in Flammen stand.

Das Feuer war aus noch unbekannter Ursache im 6. Stock der Weizenmühle, die vor drei Jahren ausbrannte, ausgebrochen. Es hatte sich durch die Elevatoren und Filter schnell den übrigen, sehr ausgedehnten Stockwerken, in denen Weizen gemahlen wurde, mitgeteilt. Als der 7. Böschung an der von früheren Bränden schon bekannten Brandstelle erschien, schlugen die Flammen bereits hell aus den großen Fenstern des Gebäudes hervor. Mächtiger Qualm schlug den Feuerwehrmännern bei ihrem Vorgehen entgegen. Angesichts dieser Lage ließ der Bau- rat Roth sofort an alle Feuerwachen Mittelfeuer melden. Unverzüglich rückten mehr als 30 Fahrzeuge nach der Brandstelle aus. Oberbranddirektor Gempy übernahm die Leitung. Die Flammen hatten den Dachstuhl der Mühle ergriffen und sich der Roggenmühle mitgeteilt und von hier aus den Kleieboden in Mitleidenschaft gezogen. Die Feuerwehr hatte keine leichte Aufgabe zu lösen. Die Mühle, eine der größten in Berlin, brannte in allen Geschossen. Es mußte deshalb an zahlreichen Stellen Wasser gegeben werden. Mit 15 Schlauchleitungen ging die Feuerwehr vom Hofe aus vor. Die Böschung war trotzdem sehr schwierig durch mächtige Stachelflammen, die sich durch die Entflammung von Mehl und Weizenkleie an den Filtern und Trichtern bildeten und die Rohrführer gefährdeten. Trotzdem wurden ununterbrochen Riesennengen von Wasser in die Glut geworfen. Diesem Umstande ist es zu verdanken, daß man nach mehrstündiger, angestrengtester Tätigkeit des Feuers Herr wurde. Um 7 Uhr war die Mühle des Feuers schon beseitigt. Der Schaden ist leider erheblich, indes zum größten Teil durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb der Mühle soll trotz aller Eindrungen aufrechterhalten werden. Am meisten gelitten hat die Weizenmühle, weniger die Roggenmühle. Beide Mühlen waren in vollem Betrieb, und man hofft, diesen bald wieder aufnehmen zu können, wodurch Entlassungen vermieden werden. Der Schaden an Vorräten soll nicht erheblich sein.

## Nationalistischer Madam am Zoo.

Nach einer Gedächtnisfeier, die der Verband nationalisierter Offiziere gestern nachmittags in der Gedächtniskirche am Zoo abhielt, kam es zu einem Tumult nationalistischer und sozialistischer Elemente. Die Beteiligung war sehr groß, so daß sich die Menge beim Verlassen der Kirche stautete. Der Aufforderung der Polizei, den Fahrweg freizuhalten, wurde nicht Folge geleistet. An der Ecke Kant- und Hardenbergstraße bildete sich ein Demonstrationenzug, der sofort zur Auflösung gebracht wurde. Da die Teilnehmer des Zuges sich weigerten, weiterzugehen, wurden sie von den Beamten abgedrängt. In der Joachimsthaler Straße rottete sich die Menge wieder zusammen und beschimpfte und bedrängte die Beamten, so daß von den Kosten Gebrauch gemacht werden mußte. — Am Bahnhof Zoo mußte eine größere Menschenmenge mit Gewalt auseinandergetrieben werden. Auch am Wittenbergplatz wurde ein Demonstrationenzug von 250 Personen ohne Zwischenfall aufgelöst.

## Protest gegen die Judenhege.

### Eine Kundgebung der Berliner Juden.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranstaltete am Sonntag in Berlin über stark besuchte Protestversammlungen. Im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz, in der Alhambra am Reichstag, im Friedrichsmerderschen Gymnasium in Moabit und im Marmorpalast des Zoo erhob die jüdische Bevölkerung ihren Einspruch gegen die von den Antisemiten betriebene Hege, deren Früchte wir bereits gesehen haben.

Im Lehrervereinshaus sprach Dr. Holländer, der Syndikus des Zentralvereins. Er knüpfte an die Vorgänge in Bayern und an die Scheunendiereltawalle in Berlin an und warf die Frage auf, wie solche Dinge möglich waren. Wo Hege wirkt, muß eine geistige Grundlage sein, die diese Wirkung ermöglicht. Den Boden haben Theoretiker des Antisemitismus bereitet, die den Juden als „Fremdstämmigen“ ablehnen. Gewissenlose Agitatoren besorgen die praktische Verwertung dieses Gedankens zur Judenhege. Sie werfen ihn in die Masse hinein, die der Suggestivon unterliegt. Dieser Beeinflussung muß mit geistigen Waffen entgegengetreten werden. Der Arbeiterkampf, sagte der Redner, danken wir, daß sie sich gegen den Antisemitismus erklärt hat. Sie weiß selber, was Verfolgung und Unterdrückung bedeutet. Wir deutschen Juden vermahnen uns dagegen, daß wir hier „fremd“ sein sollen. Wir werden unseren Anspruch auf unser deutsches Vaterland nicht aufgeben. (Stürmischer Beifall.) Der zweite Redner, Rabbiner Dr. Hildesheimer, führte unter anderem aus: Wir Juden wollen dessen gedenken, daß wir höheres erstreben als Schacher und Wucher, den man uns an die Fersen hängt, und als Proprium, das man so oft als Eigenschaft der Juden bezeichnet. Als Schande muß es uns gelten, wenn derartiges sich bei Juden findet. (Beifällige Zustimmung.) Aber wer das bei uns nur aus Geschäftigkeit tadelt, dem wollen wir den Vorwurf zurückgeben: Bei euch ist es ebenso schlimm! Dem deutschen Volk, das jetzt um seine Zukunft bangt, können wir ermutigend zurufen: Sieh' auf uns! Das Band hat man uns genommen, unsere Kultur hat man erschlagen, aber wir sind nicht untergegangen. Ermanne dich, reihe dich empor zu stiftlicher und geistiger Höhe — und du wirst emig sein! (Lang anhaltender Beifall.)

In allen Versammlungen wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Tausende vom Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu den heutigen Versammlungen aufgerufenen Juden Berlins fordern im Bewußtsein ihrer unerbittlichen Verbundenheit mit dem Schicksal des deutschen Vaterlandes die jüdischen Mitbürger in den deutschen Gauen auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften für die unerschütterliche Einheit des Reiches und für die Wiederherstellung aus harter Bedrängnis zu einstiger Blüte und Größe einzutreten. Der Zentralverein als berufener Verteidiger der staatsbürgerlichen Stellung der deutschen Juden, weist alle Angriffe, die geeignet sind, den nach jahrhundertelanger mühseliger Arbeit beendeten Emanzipationskampf der Juden in Deutschland wieder aufleben zu lassen, entschieden ab. Er wendet sich gegen das verbrecherische Treiben und die Gewalttätigkeiten verbündeter Kreise, die die Selbstzerfleischung des deutschen Volkes fördern, indem sie den Bemühungen, alle Kräfte zum Wiederaufbau und zur Befreiung des geknechteten Landes zusammenzufassen, die Hege gegen einen einzelnen, in der Minderheit befindlichen Bevölkerungsteil, voranzusetzen.

## Der Herr Devisenbeamte.

### Eine mißlungene Beschlagnahme.

Mit besonderer Dreistigkeit, aber trotzdem ohne Erfolg ging ein folscher Devisenbeamter vor, der es auf eine Wechselstube am Zoo abgesehen hatte. Hier erschien in Begleitung eines Beamten der Schupo Polizei von der Bahnhofswache Zoo ein Herr, stellte sich als Devisenbeamter vor und zeigte zum Ausweis eine weiße Karte in der Form einer Monatskarte der Straßenbahn, die den Stempel des Devisenkommissars und die Unterschrift Fellingner trug. Der Mann legte auch noch ein Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums, Abteilung für Devisenerfassung, vor und verlangte die Auslieferung der vorhandenen Devisen. Sie wurde zunächst verweigert. Weil man aber den Schupo Beamten von der Wache kannte, so glaubte man schließlich doch, dem Verlangen entsprechen zu müssen und händigte die Devisen aus. Zur Vorsicht schickte aber der Inhaber der Wechselstube seinen Reffen mit den beiden Besuchern doch noch zur Bahnhofswache, um die Papiere des Devisenbeamten dort einmal nachprüfen zu lassen. Auf der Wache hielt man die Ausweise für einwandfrei. Jetzt fuhr der vermeintliche Beamte mit dem Reffen des Wechselstubeninhabers in dessen Auto nach der Devisenerfassungsstelle am Weidendamm 1a, wo angeblich die Devisen abgeliefert werden sollten. Dort war aber der Dienst zu Ende. Der „Devisenbeamte“ schlug jetzt vor, die Devisen bis zum anderen Tage auf der nächsten Polizeiwache zu hinterlegen. Darauf ging der Reffe aber nicht ein. Als der Gauner nun einah, daß er nicht zum Ziele kommen würde, gab er dem Reffen des Wechselstubeninhabers die Devisen zurück, bestellte ihn aber zum nächsten Tage zur Ablieferung nach dem Weidendamm 1a, Zimmer 8. Hier erfuhr man dann, daß man es mit einem Schwindler zu tun gehabt hatte. Die Ausweisepapiere waren von Anfang bis zu Ende gefälscht.

Weitere Kundgebungen gegen die Schulzerföhrung. Heute, Montag, abends 7 Uhr: Bezirk Prenzlauer Tor, Saal in der Senefelderstr. 6. Referent: Gen. Kreuziger. — Bezirk Oberschöneweide, Saal in der Frickelstr. 9. Referent: Stadtrat Mey. — Morgen, Dienstag, abends 7 Uhr: Bezirk Copenick, Körner-Gymnasium Referent: Gen. Schröder. — Bezirk Tempelhof, Werderschule, Friedrich-Wilhelm-Strasse. Referent: Genosse Adolf Koch. — Donnerstag, 29. November, 7 Uhr: Bezirk Weihensee, Aula Realgymnasium Weidenpromenade. Referent: Genosse La Grange. Parteigenossen, beweißt durch Ever Er-scheinen zu den Kundgebungen, daß Euch das Schicksal Eurer Kinder nicht gleichgültig ist!

Von seinen Kindern erschlagen wurde der 50 Jahre alte frühere Kassenwärter Jakob Reichard aus der Seibelstraße 5. Der dem Trunk ergebene Mann machte seiner Frau und seinen Kindern wiederholt heftige Ausfälle. Am Sonnabend abend drang er wiederum auf seine Frau ein, so daß sich seine 18 und 19 Jahre alten Söhne Franz und Johannes ansetzten, gegen ihn vorzugehen. Im Kampf mit dem Vater richteten sie ihn so zu, daß sie ihn nach dem Urban-Krankenhaus bringen mußten. Dort verstarb der Schwerverletzte kurz nach der Aufnahme.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wagung, Kaffere! Der erweiterte Bezirksvorstand hat in seiner letzten Sitzung den wöchentlichen Beitrag für die 48. bis 52. Woche für Männer auf 150 Millionen und für Frauen auf 80 Millionen Mark festgelegt. — Die Kaffere werden um schnellste Kaffierung und Einzahlung von Abgabenszahlungen gebeten. — Die Monatsmarke für Erwerbslose kostet fernerhin 100 Millionen Mark.

14. Kreis, Kaffere. Freie Schulgemeinde: Dienstag, den 27. Nov. 7-9 Uhr, Ber-saamung im Kaiser-Friedrich-Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Strasse 210. Referent wird in der Beschlusssitzung bekanntgegeben. 12. Kreis. Die Nationalisierung hat Dienstag abend nicht statt. Die Bezirksführer befragen die Zellen der Arbeitslosen Mittwoch zum Beschlusssitzung mit.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

57. Wkt. Genosse Franz Lindke, Rothenhauser Straße 47, 48 verstorben. Einbürgerung Dienstag nachmittags 6 Uhr, Krematorium Baumhulweg.

